



Wie zu dem „Vorwärts“ sehr gut paßt, abgesehen davon, daß der „Vorwärts“ das letzte Blatt ist, das das Recht hat, irgend jemand Vorhaltungen über sozialistische Pflichten zu machen, ist sein Treiben durch und durch verlogen und bedeutet einen greulichen Unfug. Der „Vorwärts“ weiß sehr genau, wie schwer es ist, innerhalb einer nationalitätserregten Welt und unmittelbar nach dem errungenen Siegen Standpunkt des internationalen Sozialismus zur Geltung zu bringen. Da es schwer war, haben ja die Scheidemannier ganz darauf verzichtet und haben die internationalen Grundzüge preisgegeben.

Wir haben von Anfang an gesagt, daß wir die Revision dieses Friedensvertrages von der weiteren revolutionären Entwicklung erwarten. Wir haben aber auch gesagt, daß diese revolutionäre Entwicklung Zeit braucht, daß sie erst zur vollen Entfaltung kommen kann, wenn die Folgen des Krieges auch in den siegreichen Ländern sich geltend machen und der nationalitätserregte Hauch verlogen ist.

Was jetzt in Deutschland unter Führung des „Vorwärts“ geschieht, die Wiederbelebung der nationalitätserregten Auguststimmung von 1914, die Mobilisierung aller nationalitätserregten und militaristischen Instinkte, während man gleichzeitig vom ausländischen Proletariat verlangt, es soll gegen keinen Nationalismus sich erheben, diese ganze würdelose und sinnlose Politik ist nur geeignet, die Gegenwirkung des sozialistischen Proletariats zu schwächen und zu hemmen und den Nationalismus des Auslandes noch zu stärken. Die Hege, die der „Vorwärts“ gegen die Internationale betreibt, wird zwar unsere Genossen nicht abhalten, das zu tun, was sie für nötig halten und wozu sie die Macht haben, sie erschwert aber noch außerordentlich ihre Position. Man muß so sehr jedes Verständnis für internationale sozialistische Politik bar sein, wie der „Vorwärts“, um in diesem Augenblick in dieser Weise zu schreiben.

Freilich, der „Vorwärts“ glaubt auch die Zeit günstig, um in der wiederbeginnenden Erregung ein günstigeres Urteil für seine Kriegspolitik zu erhalten. Die Härte der Friedensbedingungen beweist die Richtigkeit der Durchhaltepolitik. Der „Vorwärts“ wird dafür in der Arbeiterschaft keinen Gläubigen mehr finden. Die Durchhaltepolitik war Kriegsverlängerungspolitik. Daß Auswärtiger den Krieg bis zur völligen Erschöpfung und bis zum Zusammenbruch fortzuführen konnte, verdankt er der Unterstützung dieser Politik durch die Regierung und Reichstag, für die die rechtssozialistische Führung den größten Teil der Verantwortung trägt. Jetzt zeitigt diese Politik ihre Wirkung.

Aber das Verhängnis, das diese Führung für die deutsche Arbeiterschaft bedeutet, waltet fort und droht neues Unheil. Aus Angst vor dem Nationalismus besorgt die Regierung selbst die Geschäfte des Nationalismus. Noch schwankt Scheidemann wie Bethmann in den Augusttagen von 1914. Aber rasch droht der Regierung die Führung zu entgleiten, und die Gefahr wächst, daß Bethmanns Nachfolger genau so in die Katastrophe hineingerissen wird wie sein Vorgänger.

## Ein Schanddokument.

Wir sind in der Lage unseren Lesern das folgende sehr bezeichnende Zirkular des Preussischen Justizministeriums vom 21. März 1919 zu unterbreiten. Das zeigt, mit welchen Mitteln gegenwärtig die den herrschenden Gewalten politisch unabweisbaren Richtungen bekämpft werden. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Das bedrohlich anwachsende Verbrechertum, das unter der Maske von Volkshemden, Sozialisten, Kommunisten, Sozialisten und dergl. auftritt, hat neuerdings angefangen, seinen bisherigen Schauplatz seiner Tätigkeit zu verlegen und sich von den bisher wesentlich hervorgetretenen Hochplätzen über das ganze Land zu verbreiten. Diese Beobachtung drängt dazu, die Bekämpfung dieser Verbrecher, insbesondere auch ihre strafrechtliche Verfolgung der Verflechtung zu bewahren und zu diesem Zweck einheitlicher zu gestalten. Zur Bekämpfung dieses Verbrechens ist nach bewährten Vorgängen in der Bekämpfung anderer ähnlich ausgebreiteter Verbrechensgruppen bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht I Berlin eine Sammelstelle eingerichtet, der es obliegt, das in den einzelnen Bezirken getrennt zugange tretende Material zu sammeln, zu ordnen und zu gemeinsamer Bewertung

wertung mündigend auszugestalten. Die Beamten der Staatsanwaltschaft werden angewiesen, die Sammelstelle in diesen ihren Aufgaben nach jeder Richtung zu unterstützen. Insbesondere sind der Sammelstelle alle Beobachtungen über das Auftreten und die Tätigkeit der bezeichneten Verbrecher unterzuzustellen, soweit nicht feststeht, daß es sich nur um Vorläufer von lediglich örtlicher Bedeutung handelt. Da es zunächst wesentlich darauf ankommt, die in diesen verbrecherischen Bewegungen führenden Persönlichkeiten und deren Verbleib möglichst zuverlässig zu erfahren, sind die Personalien aller besonders hervortretenden Personen unter Schilderung ihrer Betätigung auf den in Rede stehenden Gebieten der Sammelstelle mitzuteilen, auch soweit die der örtlichen Staatsanwaltschaft vorliegenden Vorrechtsgründe zur Ueberführung noch nicht völlig ausreichen.

Allen über wichtige Ereignisse sind einzusenden, sobald sie entbehrlich sind. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß der Sammelstelle möglichst die Flugblätter und Druckschriften zugänglich werden, die für die Kenntnis der Ziele und Bestrebungen des bolschewistischen usw. Verbrechertums von Bedeutung sind. Das zur Zeit vorliegende Material ist unverzüglich der Sammelstelle zu übermitteln, das später zutage tretende mit größter Beschleunigung nach dem Bekanntheitwerden. Auf der anderen Seite wird die Sammelstelle auf Grund von der ihr mitgeteilten oder von ihr selbst gemachten Beobachtungen die Tätigkeit der übrigen Staatsanwaltschaften durch Mitteilung der für den einzelnen Bezirk bedeutsamen Erscheinungen durch Erteilung von Auskünften auf Anfragen durch Ueberlassung von Druckschriften und Flugblättern und auf ähnliche Weise unterstützen.

Sendungen der Staatsanwaltschaften an die Sammelstelle sind in gewöhnlicher Form an den Herrn Ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht I in Berlin zu richten und dadurch kenntlich zu machen, daß deutlich sichtbar auf diese Verfügung Bezug genommen wird. Abdrücke für die Ersten Staatsanwälte des Bezirks anbei.

In Vertretung: gez. Rüggele

Wenn sich auch das Rundschreiben den Anschein gibt, daß es nur die Bekämpfung von gemeinen Vergehen und Verbrechen bezweckt, so zeigt doch die Aufforderung, die in diesen verbrecherischen Bewegungen führenden Persönlichkeiten festzustellen, daß es sich um die Verfolgung politischer Anschauungen handelt. Dies wird bestätigt durch den Vorlass über die Flugblätter und Druckschriften, denn solcher Mittel haben sich noch nie gemeine Verbrecher, sondern stets nur politische Bewegungen bedient.

Es ist kennzeichnend für die Seine und Heine-mann, die für das Polizei- und Justizministerium in Preußen verantwortlich sind, daß unter ihrer Führung politische und unpolitische Bewegungen mit Mitteln bekämpft werden, die selbst den alten Machthabern zu gemein waren. Und diese Gesellschaft wagt es zur Einigkeit der Parteien aufzufordern!

## Aus dem Libaner Wetterwinkel.

Proteste des lettlandischen Volksrats.

Wie wir vor einigen Tagen meldeten, sind sämtliche libaner Zeitungen wegen der Veröffentlichung des Berichtes der Volksratskammer vom 12. Mai beidseitig verboten worden. Wie wir der libanischen Zeitung vom 18. Mai entnehmen, gestaltete sich die erwähnte Sitzung des Volksrats, des einzigen gesetzmäßigen Organes der gesamten Bevölkerung, zu einer wichtigen Kundgebung gegen die deutsche Regierung und ihre jungerischen Schlingel. Von den insgesamt 102 Mitgliedern des Volksrats waren 66 erschienen, darunter 18 von der sozialdemokratischen Fraktion, 8 vom jüdischen Arbeiterbund, 15 vom Bauernbunde, 6 von der demokratischen Gruppe, 6 von der radikal-demokratischen Gruppe, 2 von den Republikanern, 1 von der Gruppe der Unabhängigen, 2 von der libanischen Fraktion, 6 von der deutsch-baltischen fortschrittlichen Partei, 4 von der national-demokratischen Fraktion und 3 von der jüdischen Volkspartei. Den Vorsitz im Volksrat führt Rechtsanwalt Semgal. Die Führer aller Fraktionen verurteilten das Kabinett Redra und haben den einzigen Ausweg in der Wiedereinführung des Kabinetts Umanis. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die den schroff ablehnenden Standpunkt des

Volksrats bearbeitete. Ferner wurden folgende Aufrufe an die deutsche Regierung und an die Regierungen der Entente angenommen:

An die deutsche Regierung.

Der Volksrat ist zu meinem Bedauern genötigt, darauf hinzuweisen, daß die Verschärfung vom 16. April unter dem aktiven Schutz der deutschen Militärbefehle durchgeführt worden ist, und zwar durch Entlassung eines Teils der lettlandischen Militärs, durch Aufhebung der geltend gemachten Lebensgrundsätze des Staates und deren Anordnungen, durch Unterdrückung der usurpatorischen Ministerien Vorläufige und Redra und durch Bekämpfung der Demokratie.

Durch Deckung und Unterstützung des Forderungen einzelner Abteilungen der baltischen Landeswehr nahmen die deutschen Militärinstitutionen der gesegneten lettlandischen Regierung die Möglichkeit, die ihm vom Volksrate übertragenen Funktionen zu erfüllen.

Der Volksrat hofft, daß die deutsche demokratische Regierung der lettlandischen Demokratie keine Hindernisse in den Weg legen, dem inständigsten Verlangen der deutschen Militärbefehle ein Ende zu bereiten, und dem deutschen Oberkommando von schreiben werde, dafür zu sorgen, daß die ihm unterstellten Militärbefehle dem vom Volksrat beauftragten lettlandischen Regierung nicht in den Weg treten.

Der Volksrat hofft, daß die deutsche Regierung ohne Bezug dem lettischen Oberkommando der deutschen Truppen keine Vorschriften werde, die Mobilisation lettlandischer Truppen nicht zu hindern, damit diese nach vor dem Abzuge der deutschen Truppen an deren Stelle die Verteidigung Lettlands übernehmen können, um einen Zusammenbruch der Front zu vermeiden.

In die Regierung der Alliierten.

Der Volksrat beehrt sich den Regierungen der alliierten Mächte seine Ansichten über die Vorgänge vom 16. April geklärt zu haben und bittet die Regierungen der Alliierten im Interesse einer Liquidation der durch die Vorgänge vom 16. April geschaffenen Lage eine Rückkehr des Kabinetts Umanis und dessen ungehinderte Tätigkeit bis zu seiner Reorganisation durch den Volksrat zu ermöglichen.

Im Vertrauen auf den Schutz der Alliierten für die lettlandische Demokratie bittet der Volksrat im Namen der hungernden Bevölkerung um Erleichterung der Blockade und vor der Wiedereinführung des Kabinetts Umanis in der Welt, daß die Einfuhr und die Verteilung von Lebensmitteln durch die lettischen Selbstverwaltungsgremien gestattet werde, soweit dies die Garantie übernehmen können, daß die Lebensmittel nicht in unrechte Hände kommen.

Unter Hinweis auf die Befehle, die uns von äußeren Feinden drohen, und unter Hinweis auf den Umstand, daß der große Krieg die Verwirrung der Letten über das ganze russische Territorium, der letzte Einfall der Bolschewisten und die Wirtschaft der Ostprovinz seit 1915 physisch und wirtschaftlich die lebendigste Kraft des lettischen Volkes in ungewöhnlicher Weise in Anspruch genommen und uns für den Kampf gegen Lettlands Feinde sehr geschwächt haben, bittet der Volksrat:

a) anzuerkennen, daß die außerordentlich schwere Lage Lettlands eine unablässige und kräftige Unterstützung bei der Erneuerung der Armees und des wirtschaftlichen Lebens erfordert, damit es Lettland möglich wäre, den schweren Kampf für Kultur und demokratische Ideen zu Ende zu führen und

b) in allerhöchster Zeit von Seiten der Alliierten ein Vermittlungsorgan zu schaffen, das mit der Klarstellung und Befestigung der Rechte des deutschen Militärs auf dem Territorium Lettlands auf Grund der internationalen Gesetze vor der Zurückziehung der deutschen Truppen beauftragt werde.

Trotz dieser unabweisbaren Kundgebungen der lettischen Vertreter der Bevölkerung Lettlands, darunter auch eines beträchtlichen Teils der Deutsch-Balten, dauern die Treibereien und Giftmischereien des deutschen Oberkommandos in Libau fort. Entgegen dem Willen der überausen Mehrheit der Bevölkerung wird die Diktatur der Junker, ganz im Geiste der vorrevolutionären Ostprovinz, fortgesetzt und von der deutschen Regierung unterstützt.

## Für und gegen Koste.

Es ist ganz interessant, einmal festzustellen, wessen Symphonien der „Arbeiter“ Koste noch besitzt. Wir haben schon des öfteren Äußerungen aus bürgerlichen Kreisen und auch solche von höheren Offizieren wiedergeben können, die alle dahin ausgingen: Koste ist der richtige Mann. Diese Befriedigung, die die genannten Kreise über das Austritt Kostes empfanden, ist

## Stimmen.

Von Arthur Silbergleit.

### Revolution.

Heber gebornenes Geschlecht, Wähe mit frohend aufgestülpten Lotenscheiden und gipfelförmig getrimmten Borstbärten raß du Romphelgänger brüllend, in wollem Fegedrausch durch die Länder. Alle Grenzschäler schreit dein Schritt: Wette heißt deine Welt. Danke Wasspfer, Krähnen und Gullen überwölten deinen Weg: ganzer Wäcker Herzblut flamm auf deiner Fahne. Habelhaft rot greißt dein Gewand, oft von den Purpurströmen im Menschen-schachtelhause des Satans Krieges getränkt. Brandfackeln bauen deiner Triumphtrunfenden Kammiraken voraus, und deine Augen verdrehnen fast in ihrer Auftrubelut von ihrer ungeheuren Leidenschaft neuer Gesichte. Sturm lobt dein Atem; auf deiner Kommet knallt der Tambour Tod seine Schlegel. Alle Eisenore alter Trup- und Zwingburgen Irwingen prell vor dir auf; alle Genferstmeche küssen deine Füße und winseln dich um Gnade an, und sie schleudern ihre Ketten, Holterriemen und Karterspähle in dein Niesenfeuer am Rande der Weltische rings um laufendjährige nie vermaiste Gassen. Nicht mehr umwimmert vom Todesfackel unschuldig Perquäuter, nicht mehr umwittert vom Weidengeruch der Angeseiten und Bedroffelten schlüßst du von den Wäzgrün der Gipfel, den Odem eines neuen Weltanschauungs, dessen legender Jöhn mit Panfarentrah den Morgen einer neuen Seelenaufstehung dromet, und über geklirzten Kriegerschildeu peißt dein Jubelozan die erschaut lauschenden und entgöttesten Wäße.

### Der Einsiedler in der Waffenschmiede.

Ein Einsiedler verirrte sich im Wald und kam in eine Waffenschmiede. Er sah hier viel harte Männer in Schweiß und Ruh bei der Arbeit. „Was tut Ihr hier?“ fragte erhaunt der Fremde. „Wir schmieden Schwerter und Waffen!“ „So werdet Ihr alle Mischalidige und Sündel kennt Ihr nicht das Bibelwort: Du sollst nicht töten?“ Da lachten die rauhen Männer gelb auf und spien ihm ins Gesicht. In der Tür des

rauchverdunkelten schmalen Raumes aber stand der Einsiedler groß und feierlich, und die flackernden Flammen unter dem Pfafelsal und die Funkenspiele des Ambosses umwoben ihn mit einem heimlichen Heiligenschein.

### Friede.

Eine Kanone war mitten in ein Gemisch hineingefahren. Hier stand sie unerschütterlich festgerammt. Breite Rehrenweiden, Kornblumen und Roden überwölten sie ganz und begruben sie vollends in ihrer farbigen Hülle. Enge Wälder und Kähderinnen kamen dengesid zu ihrem Gratesfeld, aber mit so wuch-ligem Senfenschwung sie auch die Akerflächen von ihrer Rehren-last befreien, den Wälden Kornwall um die Kanone laden sie nicht an; denn härter als die Freude an reichem Akerndesid dänkte sie das Bild, das der Sommerfriebe der Flur das Weizeng des Krieges vergeffen lassen wollte.

## Cyone Feininger-Ausstellung.

Im Graphischen Kabinett J. B. Neumann (Kurfürstendamm 222) ist eine Ausstellung der Gemälde Cyone Feiningers eröffnet worden. Bekanntlich ist der Künstler jüngst an die Kunstakademie in Weimar berufen worden. In dem in Vorbereitung befindlichen illustrierten Katalog schreibt unser Mitarbeiter Dr. Adolf Behne zur Einführung u. a.:

„Wozin liegt es, daß diese Bilder Ihren Betrachter so glücklich machen? Weil sie die Träume sind und uns in einen Traum vergaubern. Traum freilich nicht in dem Sinne, der alles Gesunderliche, Wertwärdige oder gar Wirkliche einschuldet. — Traum nenne ich sie, weil in ihnen die Wahrheit der Welt gekostet wird. Nicht jener physiologische Traum steht vor uns, der uns manchmal fesselt, von allem losgerisse Paros, Sonnen und Mäder vorstellt, sondern jener schönere Wädeltraum oder Seelentraum, der unseren Geist unter lebender Vergäudung und der Sehnsucht erschütternd naheführt an das letzte wesentliche Sein.“

Eine große Geistesstat sind Feiningers Bilder. Dieses unerbittlichen getriben Wädeltraumers nach langen Jahren stiller

Arbeit ohne Ansporn und Pathos ausgefallenes Werk steht ebendüchtig unter den reinsten Erkenntnissen der Philosophie und Wissenschaft. Es erschauen wir Keimlich, vor solchen Bildern „historisch“ zu werden oder ihre „Entwicklung“ zu verfolgen. Ich bewundere jedes einzelne, auch der frühesten Bilder und kann sie alle gar nicht anders sehen, denn als eine große Einheit. Die letzten Bilder laugten freilich alles frühere in sich auf — bis zu den Karrenbildern. Und was sind das für Bilder, diese letzten Werke! Alles Materielle ist in ihnen besiegt, Eisenblech, Verstein, geläutertes Erz, Glas. Eine Strenge und Härte, die kein Pinsel und kein Spachsel kennt. Gepräunte Flächen, die unerschütterlich stehen. Aber welche Glut, welche Innigkeit, welche Demut, welche Liebe in dieser über alles Subjektive hinausgehobenen Arbeit!

Der Besuch der Ausstellung ist unentgeltlich.

Hilde Koste, ein begabtes junges Mitglied des Berliner Schauspielhauses, ist nach einer Operation gestorben. Sie war die Tochter eines Wiener Gymnasiallehrers und seit 1916 an der Berliner Bühne tätig. Ihre Verlebte hat sie an der märkischen Wanderbühne durchlebt und durchlitten.

Im Romdienbauje finden gegenwärtig Vorbereitungen zu einem neuen Lustspiel von Rudolf Krebber und Leo Walter Stein. „Die Welt von der Welt“ hat, das während der Sommerferien zur Aufführung gelangt. Für die Darstellung der Titelrolle ist Lucie Hofflich vom Deutschen Theater gewonnen worden.

In den Kammerspielen des Deutschen Theaters geht als erste Premiere in der unter der Leitung von Maximilian Gieseler lebenden Sommerzeit das Drama „Eifer“ von A. G. G. in Szene.

Im Kasseheater wurde gestern der Schwank „Der Urlaub“ mit der Musik von Gilbert beiläufig aufgenommen.

Im Casino-Theater wird ab Montag „Der selbige Gaißschindl“ gegeben.

Der hundertste Sturmasend findet am Mittwoch den 21. Mai in der Kunstausstellung „Der Sturm“, Potsdamer Straße 134, abends 8 Uhr statt. Rudolf Eismann wird Tichtungen der führenden Expressionisten zum Vortrag bringen. Demnach Walden spielt eigene Kanwerke.

# Die Spandauer Heeresbetriebe.

Eine Mesenversammlung der in den Staatswerkstätten Spandau beschäftigten Arbeiter mit weit über 10 000 Teilnehmern füllte am gestrigen Freitag die Räume des Sportpalastes. Eichter berichtete über die Verhandlung betr. Schließung der Betriebe mit dem Zentralrat der Reichsbetriebe. Anwesend seien außer dem Zentralrat noch Dr. Röh, vom Reichshauptamt, und die „Arbeitervertreter“ Stahl, Hüb, Weinen u. a. gewesen. Eichter erklärte von vornherein, daß er bei der Versammlung keine erfreulichen Mitteilungen machen könne. Der Vertreter des Reichshauptamtes habe angegeben, daß er von dem bisher Vorgefallenen keine Ahnung habe; seine Aufgabe sei lediglich, die Verhältnisse wieder in Ordnung zu bringen. Die Betriebe brauchten jetzt einen lässigen Zuschuß von 900 000 Mark. Das könne das Reich natürlich nicht ausahlen. Die Loslösung von Kriegsministerum wäre erst am 15. d. Mts. erfolgt. Anwohler seien die Nachrichten, die Betriebe sollen dem Privatkapital ausgeliefert werden. Die Arbeiter sollten sich nicht einbilden, sich als Staatspensionäre zu betrachten und eine dauernde Schließung werde nicht gehandelt werden. In eine dauernde Schließung werde nicht gedacht. Schon am Montag solle mit dem Wiederaufbau begonnen werden. Man hofft, in 6-8 Monaten wieder 8000 Arbeiter zu werden. Auf den Friedensstand könne man aber nie wieder zurückkommen. Da die 14 000 Arbeiter einem Heeresbestand von 800 000 entsprochen hätten und diese Bitter nach den Friedensbedingungen nur 100 000 Mann betrage. Redner schildert dann das Verhalten der „Arbeitervertreter“ Hüb, Stahl, Weinen und Genossen bei den Verhandlungen. Weinen habe gesagt, es hätten in Spandau ähnliche Zustände geherrscht, wie in Bremen. Man habe Waffen an Geschorn geliefert und verschiedene Personen, die heute auf hohem Posten seien, würden bald mit dem Justizhaus Bekanntheit machen. Er wolle sein Material der Staatsverwaltung übergeben. Wir sollten der Regierung dankbar sein, daß sie sich solch heftiges Interesse für die Arbeiter gezeigt habe. Die Wiedereöffnung der Betriebe solle erfolgen. Es werden Ausführungsbestimmungen erlassen werden, die jeder Arbeiter unterschreiben muß. Waffen und Munition müsse unter allen Umständen angefertigt werden. Arbeiter räte sollten auch gewählt werden, so ziemlich nach dem Reglement des zweiten Reichstages. Eichter habe dann behauptet, man habe die Spezialisten mit Lebensmitteln und Waffen versorgt, und das Schlimmste war, man habe Viehvieh in Versammlungen sprechen lassen. Die Arbeiter räte hätten nichts getan, als hohe Löhne einzufordern. Eichter kommt infolge dieser Verhandlungen zu dem Schluss, daß die Schließung nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Motiven erfolgt sei. Man habe noch für 108 Millionen Aufträge. Die Spandauer Arbeiter sind zu revolutionär. Man wird sich jetzt einige hundert, später einige tausend herausfinden. Das eine ist sicher, von staatlichen Musterbetrieben, oder gar von Sozialisierung keine Rede sein. Die Frage der Waffenherstellung sei keine Frage der Spandauer Betriebe allein, sondern der Herstellung von Waffen in Staatsbetrieben erfolgen, aber unter Aufsicht der Arbeiter räte, welche dann noch die Kontrolle darüber haben, zu welchem Zweck. Die Glieder der Reichs schließung, erst die Versprechungen der Regierung Ebert-Scheidemann, dann die Hoffnungen auf die Rationalsversammlung, jetzt nimmt man uns das Wohlmateriale, inselgefaßten müssen wir verlassen werden. Auf der einen Seite ruft man „Arbeiter, arbeitet!“ auf der anderen Seite vergrößert man die Schar der Arbeitslosen ins Angemessene. Wir müssen dieser Regierung den schärfsten Kampf ansetzen. (Stürmischer Beifall.)

In der sehr lebhaften Diskussion, an der sich auch Verfurth vom Arbeitsloserrat, Schmidt für die Kriegsbeschädigten und Roumann (Vollzugsrat) beteiligten, wurde besonders das Verhalten des Herrn Stahl und seiner Gefolgsleute hervorgehoben.

In einem Schlusswort bemerkte dann Eichter noch, daß ihm eben mitgeteilt worden sei, die Loslösung der Heeresbetriebe vom Kriegsministerium beziehe sich nur auf Spandau. Dann verlas er ein Schreiben des Mobilisationsamtes, welches zugibt, ständig dafür eingetreten zu sein, daß Staatsbetriebe keine Aufträge erhalten, um der Privatindustrie keine Konkurrenz zu machen. (Große Unruhe.) Eichter teilte seine Konfurrenz zu machen. (Große Unruhe.) Eichter teilte seine Konfurrenz zu machen. (Große Unruhe.) Eichter teilte seine Konfurrenz zu machen. (Große Unruhe.)

## Gewerkschaftliches.

### Die Buchbinder zum Verbandstag.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes hielt am Freitag eine außerordentliche Generalversammlung ab, die zum Verbandstage Stellung nahm. Es wurden eine Reihe Abänderungsvorschläge zum Verbandstatut angenommen, die dem Verbandstag unterbreitet werden sollen. Die Tätigkeit des Verbandes soll sich auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes bewegen. Um eine höhere Streikunterstützung zu ermöglichen, wurde beantragt, die Beiträge zu erhöhen. Die Wahl von Zahlstellenbeamten usw. soll in Zukunft von den Mitgliedern der betreffenden Zahlstellen usw. vorgenommen werden, während bisher der Verbandsvorstand sämtliche Prämien ausstellte. Ein Antrag, der sich für den schneidenden Zusammenbruch der Verbände im graphischen Gewerbe zu einem graphischen Industrieverband ausspricht, wurde angenommen. Auf dem Verbandstag soll ein Referat über das Rationalsystem und Gewerkschaften gehalten werden. Ferner soll sich der Verbandstag für die Abschaffung der Akkordarbeit einsetzen.

### Die Lohnforderungen der Ensemblemusiker.

Die Ensemblemusiker hielten am Freitag in den Musikerkapellen eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Schmiegel gab den Bericht von den Verhandlungen mit dem Verein Berliner Kapellmeister über den Abschluß eines Tarifvertrages. Während die Kapellmeister den Vorschlag von 18 Mark bei vierstündiger Arbeitszeit pro Tag bewilligen wollten, lehnten sie die Forderung der „Ensemblemusiker“ organisierten Kapellmeister ab. Gegenüber den Kapellmeistern als die rechtmäßigen „Arbeiter“ gegenüber der Kapellenkapelle, und ebenfalls erklärt, daß die Forderung der Ensemblemusiker zu hoch ist. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung haben die Kapellmeister erklärt, jede weitere Verhandlung über den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Zentralverband abzulehnen. Das Reichsarbeitsamt, mit dem Vermittlungseinklang angetreten wurde, hat die Kapellmeister zu einer unverbindlichen Aussprache eingeladen. Redner möchte der Vermittlung den Vorschlag, das Reichsarbeitsamt als Schlichter anzurufen, damit alles verhandelt wird, den Streik ohne Arbeitsniederlegung beizulegen. Führen diese Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis, dann muß eben zum Streik übergegangen werden.

In der Diskussion sprachen Redner für und gegen einen sofortigen Streik. Die Kapellmeister sind als Arbeitgeber abzuheben. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß viele Kapellmeisterbesitzer beabsichtigen, wenn eine Lohnverhöhung eintritt, entweder die Kapellen zu reduzieren oder die Spielstunden zu vermindern. Die Mitteilung, daß die Musiker in den meisten Fällen nicht tariflich entlohnt werden und sogar das große „Kaffee Vaterland“ den Musikern im Durchschnitt nur 10 Mark pro Tag zahlt, löste in der Versammlung allgemeine Empörung aus.

Die Versammlung beschloß einstimmig, das Reichsarbeitsamt als Schlichter anzurufen und die Kapellmeister nicht als Arbeitgeber anzuerkennen. Einem Tarifentwurf für die Ensemblemusiker der kleinen Weinrestaurants, in dem Lohnsätze von 18 bis 18 Mark gefordert werden, wurde zugestimmt.

Da die Landestrainer eine schwere Schädigung der Musiker bedeutet, ist vom Verband gegen diese Verfügung protestiert und von der Regierung eine Entschädigung der Musiker verlangt worden. In einer Resolution stimmte die Versammlung einstimmig dieser Forderung zu und wurde dagegen Protest eingelegt, daß trotz Landestrainer die Militärkapellen auf den Straßen spielen können und Regierungstruppen Langvermögen veranlassen, während die Berufs Musiker an der Ausübung ihres Berufes durch Regierungsvorfugung verhindert werden.

Eine Versammlung der Betriebsrohrlager beschäftigte sich am Freitag mit der Lohnbewegung. Kollege Riese riet den Kollegen, da bis jetzt noch kein betriebländiges Resultat ergeben hat, der Kommission Vollmacht zu weiteren Verhandlungen zu erteilen, welchem Vorschlag auch zugestimmt wurde. Eine Protestresolution gegen das Urteil im Nordprozeß Liebkecht-Bugenburg fand allgemeine Zustimmung.

Generalverband der Zimmerer. Ueber die A. G. G. Fabriken in Hennigsdorf ist hiermit die Sperre verhängt. Es betrifft dort Streikarbeit die Firmen Bassoan u. Anauer und Concord. Dies ist nicht zulässig, da die Zimmerer der genannten Fabriken im Streik stehen. Wir ersuchen die Kameraden, keine Arbeit nach dorthin anzunehmen. Die Verbandsleitung des Zentralverbandes der Zimmerer. J. A. A. Wenada.

## Aus der Partei.

Auch in Breslau hat sich eine „Freie Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen“ gebildet. Sie fordert alle Lehrer und Lehrerinnen Schlesiens auf, sich anzuschließen. Aufschriften sind zu richten an: Lehrer Pelz, Breslau, Viktorstr. 88, oder an Oberlehrer Dr. Eberhard, Breslau, Querstr. 68.

## Aus dem Gemeindeleben.

Friedrichsruhe. Unsere Fraktion darf wieder einige Erfolge ihrer Tätigkeit buchen. Der Haushaltsplan stand erntlich zur Beratung. An Mehraufgaben waren 400 000 M. gegen den Haushaltsplan eingeplant worden. Dagegen hatte sich der Ausschuss mit einer Erhöhung des Steuerfußes von 200 auf 210 Prozent begnügt. Unsere Genossen forderten vor allen Dingen die Aufhebung des Steuerfußes Existenzminimums auf 2400 Mark. Der Antrag ging auch mit 12 gegen 10 Stimmen durch. Der voraussichtliche Einnahmehausfall, den dieser Beschluss im Gefolge haben wird, soll auf unsern Antrag durch Erhöhung des Steuerfußes auf 260 Prozent gedeckt werden. Das wurde mit 18 gegen 12 Stimmen beschlossen. Eine Stafflung des Steuerfußes war leider nicht durchzuführen, weil die Rechtskonsulten diesen wichtigen Grundbesitz verweigerten. Dagegen wurde mit ihrer Hilfe, trotz unseres Widerstands, eine Kundbarkeitssteuer genehmigt, die doch nur die beabsichtigten Vergnügen der Proletarier trifft und verteuert und dadurch der das Niveau der Veranlassungen senkt, was wir zu leben, was wir zu wünschen. Auf dem Gebiet des Schulwesens wurde, unserer Forderung entsprechend, beschlossen, die Hiltsschule zu verkleinern und auszubauen. Den Religionsunterricht in die Nachmittagsstunden zu verlegen, gelang uns nicht, wohl aber soll er am Schluß des Vormittagsunterrichts erteilt werden.

Genosse Frenkel wendete sich mit aller gebotenen Schärfe dagegen, daß immer wieder, trotz wiederholten Protestes, von einigen Bekehrten die Schule zur wöchentlichen Kinderschule herbeigeholt wird. Es werden Flugblätter der satifam bekannten Art dort verbreitet. Wie fordern, daß solch ein Unfug unbedingt unterbleiben müsse. Das wurde zugestimmt.

Schließlich kam es zu einer heftigen Kritik des Armenhaushalts. Ganz unzulässige Zustände bestehen da. Eine Familie mit sechs Kindern muß in einer Stube mit Küche hausen. Verletzung ist im ganzen Gebäude nicht vorhanden.

Kommune. In der Gemeindevorstellung am Mittwoch stand der Etat zur Beratung. Als erster Redner sprach der Demokrat Nathan: er kam einleitend dazu, den Frieden nicht zu unterzeichnen, im übrigen hieß es sich unter der Diktatur, wie sie bei uns geübt wird, sehr wohl. Als folgender Redner sprach der Schiffe Neumann (U. S. P.) im strengsten Gegensatz dazu. Er verlangte, daß die Leute, die uns in den Krieg hineingezogen haben, nun auch den Vertrag unterzeichnen müssen. Er legte dann in großen Zügen unser Programm dar und forderte die Jugend auf den Rat nicht sinken zu lassen, was gilt, eine neue Welt zu bauen. Wie war die Zeit so schwer, aber auch nie zeigte die Zukunft so viel Licht für die Arbeiter, wenn sie fest zusammen stehen und willens sind, ihr neues Reich zu errichten. Dann sprach Lömer von der S. P. D.; er beschränkte sich, nachdem er einen Staatsrechtler für alle Reichsbürger verlangte, auf Einzelangelegenheiten. Eine lebhafteste Ausrede brachte die kommende Wohnungsaufnahme. Bis jetzt haben die Stellen, die dem Bauern sollten, durchaus verlangt mit Ausnahme des Wohnungsausschusses, der vor einiger Zeit eingeleitet, nun dem Wohnungsausschuss nicht gewachsen ist; Schiffe Schulz (U. S. P.) legte ein von ihm aufgearbeitetes Wohnungsaufnahmeprogramm vor, das einstimmig angenommen wurde. Wenn die Verändere der Schulen zu Wohnräumen wurde von allen Seiten Protest gemacht. Es soll versucht werden, die Sommerwohnungen zu errichten.

Hennigsdorf. In der letzten Gemeindevorstellung wurde Genosse Eder in sein Amt als 2. Schiffe eingeführt. Die Kosten für die Unterbringung einer Leisamen wurden bewilligt. Zur Errichtung von Kleinwohnungen hat die Gemeinde ein größeres Terrain gekauft und mit der Verfertigung der Pläne für 4 Doppelhäuser den Architekten Freise beauftragt. Die Häuser werden zum Selbstkostenpreis vergeben. Der Bau der Ruhobadanstalt wird demnächst beginnen. Die Pächter der Waschanstaltarbeiter sind auf 2 M. und 2,20 M. pro Stunde erhöht. Das Ablesen der Gaszähler wird während des Sommers alle 2 Monate geschehen, es wird Strafenverlei beklagt. Genossen, die die Pächter Genosse Dohlsch rügt die entsetzliche Verichterhaltung des „Lokalangeizers“ über die letzte Sitzung. Aus tatsächlichen Gründen, nicht aus Furcht vor der Offenbarung ist über schwebende Grundstücksankäufe geheim verhandelt worden.

schon charakteristisch genug. Der Arbeiter, der noch immer um eine volle politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung kämpfen muß, zieht daraus mit Recht den Schluss, wenn das Votum und die Militäristen mit Kosten zufrieden sind, dann aus dem Grunde, weil er hilft, ihre Nachpostitionen zu stärken. Das bedeutet andererseits, daß der Emporstieg der Arbeiterklasse durch denselben Kosten gehindert wird.

Diese Empfindung haben nicht nur unsere Genossen und die Kommunisten, sondern auch Anhänger der Rechtssozialisten. Deshalb wurde in einer Versammlung der S. P. D. im Wahlkreis Rucker-Gresfeld am 27. April d. J. mit allen gegen 9 Stimmen beschlossen, gegen Kosten den Ausschuss aus der Partei der S. P. D. zu beantragen.

Dieser Beschluß rief nun aber einen Durchfaller der S. P. D. im Mitglied der Nationalversammlung König-Dorrmann, auf den Plan. In einer späteren Mitgliederversammlung der S. P. D. in Münster erklärte er, wenn der Beschluß nicht aufgehoben werde, dann würde die Partei der in Münster neugegründeten rechtssozialistischen Zeitung „Volkswille“ jede Unterstützung durch Kammermittel verweigern.

Woh immer noch die Methoden, die in der Kriegszeit von den Oberstufen der Partei angewandt wurden. Die Mitgliedschaft ließ sich durch diese Drohung auch einschüchtern und hob in einer Versammlung am 8. Mai den gegen Kosten gerichteten Beschluß wieder auf. Doch dieser „Sieg“, den hier Herr König für seinen Freund Kosten errungen hat, dürfte ihn wenig freuen. Ein erheblicher Teil der Mitglieder der S. P. D., die für den Ausschluß Kosten eingetreten waren, wird dieser Partei den Rücken kehren. Es haben kein Interesse an einer Partei, die einen Kosten mit allen Mitteln zu halten versucht, sie haben auch kein Interesse an einer Zeitung, die aus einem Parteifonds gespeist wird, was man unter den obwaltenden Umständen nur als Replikensfonds bezeichnen kann. Kosten und seine Parteifreunde werden also die S. P. D. bald in Grund und Boden gewirtschaftet haben.

## Endlich wieder ein Sieg!

Die „Deutsche Zeitung“ berichtet unter der Überschrift „Anerkennung der polnischen Dreifachheit“ aus Warschau das folgende: Bei den vielen Zeichen nationaler Jämmerlichkeit und Schwächheit, die überall in deutschen Landen zu beobachten sind, wird es um so erfreulicher auf wässliche Herzen wirken, wenn auch einmal eine Tat nationalen Erwachens berichtet werden kann.

Vor einigen Tagen traf hier der Herr Wilhelm ein. Die Mitglieder, fragwürdige Gestalten fremdlandischer Aussehen, machten sich daran, ein Bild aufzurichten, auf dessen Spitze die polnische Fahne wehte. In der Dämmerstunde sammelten sich Gruppen unterer Dienstboten und verlangten die Entfernung der Fahne. Da diese nicht erfolgte, wurde die rote Fahne in der Hand genommen und im Zuge unter Abhängen des Liedes: „O Deutschland, hoch in Ehren“ — auf dem Marktplatz vor dem Ritzlerdamm verbrannt. Eine große Volksmenge sammelte sich an, und nach Beschaffung einer deutschen Fahne ging im feierlichen Zug zum Ritzlerdamm, auf dessen Höhe nach wenigen Augenblicken unsere deutsche Fahne wehte. Die polnische Volksmenge, in erster Reihe unsere prächtigen Soldaten, sang: „Deutschland über alles“ und marschierte wieder zum Ritzlerdamm, von wo über lange die altertümlichen, feierlichen Töne von polnischen Fiedler herüberklangen. Am nächsten Morgen postete der polnische Fiedler und verschwand.

Dieser Sieg über ein Bildzeichen wird zweifellos tiefen Eindruck auf das Ausland machen. In Warschau ist es aber wenigstens unbedeutend herabgefallen zu sein, im Gegensatz zu dem Fall, wo bei einem Vorgehen der Grenzschutztruppen gegen wandernde Arbeiter zwei Menschen ihr Leben lassen mußten.

## Die Haltung des „Vorwärts“.

Die gestern Abend in den Germania-Jalen tagende Bezirksversammlung der rechtssozialistischen Partei Groß-Berlin nahm nachmals Stellung zum jetzigen Militarismus. Trotz der Wichtigkeit der Materie war die Versammlung nur gering besucht, da der „Vorwärts“ nicht für die nötige Vorbereitung gesorgt hatte, was zu heftigen Angriffen gegen ihn Veranlassung gab. Auch der Depositarer Fiedl, von dem aufgelösten Regimente Liebesch Anlage gegen den „Vorwärts“. Die an alle Zeitungen gelangte Erklärung über die Vorgänge bei der Auflösung des Regiments sei nur von der „Freiheit“ und dem „Lokalangeizer“ gemacht worden. Der „Vorwärts“ habe den Abdruck nicht für nötig gehalten. Ebenso erhebt ein Redner, der während der Rede gegen den Haupttelegraphenamt war, Vorwürfe gegen den „Vorwärts“. Er habe einen Bericht über die Fälschung der Telegramme an die Redaktion des „Vorwärts“ geschickt. Bald darauf habe er eine Vorladung zur Gerichtsabteilung Böttlich erhalten! Auf eine Anfrage beim „Vorwärts“ erhielt er den Bescheid, daß alle Berichte über die Vorgänge im Criminal mit Unterschrift an die Kommandostelle Poltowitz Veranlassung des Chefredakteurs Stämpfer entgegen den Vorwürfen der anderen Redakteure gelangt worden sind. Der Redner war der Ansicht, daß Stämpfer aus Verfallens zurückgekehrt sei, um gegenüber den anderen Redakteuren seine Meinung des Nichtmitwirkens durchzusetzen. Er und Landsberg machten übermüßig die Politik in Deutschland. Ebenso erhob Dr. Simmel Vorwürfe gegen die Haltung des „Vorwärts“ und besonders gegen seinen Chefredakteur, der eine Politik betreibt, die die meisten der Parteigenossen nicht billigen.

## Sieg der Pariser Bankbeamten.

Paris, 16. Mai. (Havas.) In der Kammer teilte der Arbeitsminister Colliard mit, daß die Banken ein Abkommen mit den Angehörigen unterzeichnet haben, in dem die Forderungen der Streikenden bewilligt werden.

## Die Besetzung von Smyrna.

Saloniki, 17. April. (Havas.) Man meldet die Landung alliierter Truppen in Smyrna. Französische Truppen besetzen das Fort in der Stadt. Griechische Truppen stehen sich in dem wichtigen Stadteil fest, während englische und italienische Truppen in der Umgebung der Stadt liegen. Mehrere alliierter Kriegsschiffe haben im Hafen Anker geworfen. Die türkische Regierung wurde am Abend vorher von der Besetzung benachrichtigt, die gemäß Artikel 7 des Waffenstillstandsvertrages erfolgt ist.

## Freigabe der Fischansuhr.

Amsterdam, 16. Mai. Aus Jambiden wird berichtet, daß die Beschlagnahme der Fischansuhr nach den unbefestigten Teilen von Deutschland aufgehoben ist.

